



MdB Astrid Grotelüschen  
Bürgerbüro  
Lange Straße 62, 27804 Berne  
astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de

10.02.2016

## Grotelüschen: Mehr Wohnungen benötigt



*Abgeordnete: Bund setzt richtige Impulse*

**Delmenhorst-Wesermarsch-Oldenburg Land** - Bezahlbarer Wohnraum ist seit Jahren knapp, sowohl in ländlichen Bereichen als auch in einigen Städten im Wahlkreis. „Die Angebote für große Familien, Singles oder Senioren sind in einigen Regionen nicht ausreichend“, so die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen (CDU). Deshalb begrüßt sie die aktuelle Entscheidung des Kabinetts, zusätzlich zur Bereitstellung von Geldern über den „Sozialen Wohnungsbau“ auch über die Einführung einer Sonderabschreibung Anreize zum Wohnungsbau zu setzen.

Bereits im vergangenen Jahr sind die Mittel, die den Ländern seitens des Bundes für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, von 518 Millionen Euro p.a. auf mehr als eine Milliarde Euro verdoppelt worden. „Leider hat Niedersachsen – das zuständig für den sozialen Wohnungsbau ist – seine jährlich vom Bund gezahlten etwa 40 Millionen Euro Kompensationsmittel für den Wohnungsbau bisher nicht mit eigenen, zusätzlichen Haushaltsmitteln aufgestockt“, bedauert Grotelüschen. Laut Expertenschätzungen werden in den kommenden Jahren in Niedersachsen gerade im sozialen Wohnungsbau mindestens 5000 neue Wohnungen jährlich benötigt. Gefördert werden derzeit nur knapp 1000. „Im Bereich des preisgünstigen Wohnens brauchen wir deshalb mehr Engagement, öffentliches als auch privates,“, sagt Grotelüschen.

Deshalb freut sie sich, dass ihre Forderung, zusätzliche steuerliche Vorteile beim Wohnungsneubau zu ermöglichen, mit dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf zum Tragen kommt. Der Entwurf sieht in Gebieten mit angespannter Wohnungslage eine mögliche Sonderabschreibung beim Neubau von 29 Prozent über drei Jahre vor. Hinzu kommt die reguläre Abschreibung von 2 % pro Jahr. Der Entwurf bedarf aktuell noch der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen, damit unseren Bürgern vor Ort eine ausreichende Anzahl bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung stehen“, so die Bundestagsabgeordnete abschließend.

Pressemitteilung